



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

An der Wiege des Königreichs Rumänien : Berichte des preußischen
Spezialgesandten Freiherrn von Richthofen an König Friedrich Wilhelm den
Vierten. 3.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Lernen wir aber aus solcher historischen Betrachtung in den Geist der Zeiten einzudringen und die Notwendigkeit der Entwicklung und die geschlossene Folgerichtigkeit des Ganges der Dinge in jedem Falle des Lebens erblicken, ob sich's nun zum scheinbar Besseren oder scheinbar Schlimmeren wendet, lernen wir absehen von der eigenen armen Persönlichkeit und ihrem kleinen Schicksal im Hinblick auf die unendliche Fülle um uns, so darf es uns genug sein, — denn das wird wohl auch der Schluß der uns erreichbaren Lebensweisheit sein.



An der Wiege des Königreichs Rumänien

Berichte des preußischen Spezialgesandten Freiherrn von Richthofen
an König Friedrich Wilhelm den Vierten*)

3.

Konstantinopel, den 6. Oktober 1856.



n der mir allergnädigst erteilten Instruktion haben Ew. Königliche Majestät hervorzuheben befohlen, daß Allerhöchstdieselben die Einsetzung einer erblichen, europäischen Dynastie aus einem alten Fürstengeschlechte mit traditionellem fürstlichen Bewußtsein und mit einem auf angeerbter Gewohnheit ruhendem Sinne für Sitte und Recht für die *Conditio sine qua non* des Gedeihens der beiden Fürstentümer Moldau und Wallachei halten. Ew. Königliche Majestät haben mir daher allergnädigst zur vorzugsweisen und Hauptaufgabe zu machen geruht, die übrigen Bevollmächtigten für diese Ansicht zu stimmen, und mich dabei durch Nebensachen nicht beirren zu lassen.

Die Vereinigung sämtlicher Kommissäre, fast aller in demselben Hause, oder doch ganz in der Nähe, die Berührungspunkte, die sich hierdurch ergaben, haben vielfach von selbst auf die Besprechung der Sache geführt, und ich bin daher nunmehr imstande, Ew. Königlichen Majestät darüber eine genaue und alleruntertänigste Darstellung zu geben, wie dieser Gegenstand von Allerhöchstbero Mitkontrahenten des Pariser Friedens aufgefaßt wird, und wie ungefähr zurzeit die Chancen für die in Rede stehende Angelegenheit stehen.

Handelte es sich bei der politischen Reorganisation der beiden Fürstentümer nur um eine Frage, nämlich die der Zweckmäßigkeit und des Nutzens für jene Länder selbst, und gingen alle zur Mitwirkung an dieser Reorganisation berufenen

*) Fortsetzung aus Heft 28 und 31 d. J.
Grenzboten IV 1912

Kommissäre der verschiedenen Mächte lediglich von dieser Basis aus, dann hätte Ew. Königlichen Majestät Kommissarius ein sehr leichtes Spiel, Allerhöchstbedo Intention auch von anderer Seite adoptiert zu sehen, und derselben Eingang zu verschaffen. Daß ein starkes, monarchisches, möglichst gesichertes und daher erbliches Regiment in den Fürstentümern diejenige Regierungsform sein würde, welche den Interessen derselben am meisten zusagt, darüber findet eigentlich, wenn man der Sache auf den Grund geht, gar keine Meinungsverschiedenheit statt, es sind vielmehr alle Mächte von dieser Wahrheit so sehr durchdrungen, daß lediglich deshalb, weil dies nur zu sehr der Fall ist, ein Teil Ew. Königlichen Majestät Mitkontrahenten des Pariser Friedens die Maßregel gerade um dieses Grundes und seiner Folgen willen nicht will.

Denn das Interesse, der Nutzen und die Zweckmäßigkeit der Maßregel für die Fürstentümer selbst sind für die Mehrzahl der Mächte nur höchstuntergeordnete Motive, von denen sie bei den bevorstehenden Verhandlungen ausgehen. Das Hauptmotiv für dieselben bleibt ihre eigene Politik, ihr eigener Nutzen, ihr eigenes Interesse; nur, was innerhalb und ohne die mindeste Beeinträchtigung dieser alleinigen Rücksicht noch etwa für die Fürstentümer geschehen kann, das würde man, und auch dieses nur mit großem Mißtrauen, allenfalls zulassen wollen.

Das ist im allgemeinen die Stellung der Mehrzahl der Mächte zu dieser Frage; ihr eigenes Interesse tritt überall in den Vordergrund; nur Ew. Königliche Majestät allein nehmen zu derselben einen verschiedenartigen Standpunkt ein, der, indem er nach unseren Beziehungen zu den Fürstentümern gleichzeitig unseren Interessen entspricht, gestattet, das Wohl jener Länder zum vorzugsweisen Gesichtspunkt zu machen.

Was zunächst die Pforte betrifft, so ist vielleicht diese mehr, als jede andere Macht davon überzeugt, daß ihre beiden in Rede stehenden christlichen Vasallenländer, wenn sie ein starkes erblich-monarchisches Regiment erhielten, sehr bald zu einer Entwicklung kommen würden, die erstaunlich sein würde; aber sie kann sich darüber nicht im Zweifel befinden, daß diese Entwicklung notwendig zur Unabhängigkeit der Länder führen muß. Deshalb sträubt sie sich auch gegen die Union, weil sie weiß, daß diese Union den fremden Erbfürsten zur Folge haben würde. Ihre Anschauungsweise ist von ihrem Standpunkte aus vollkommen richtig. Ihr Hauptinteresse besteht nicht darin, das Beste jener Länder zu wollen, sondern darin, daß ihr die Länder bleiben, und sie bleiben ihr um so sicherer, je länger die jetzige Wirtschaft in denselben beibehalten wird. Deshalb hebt die Pforte auch ganz offen in ihren Noten und besonders in den letzten vertraulichen Mitteilungen, die ihr Ambassador am englischen Hofe, Mr. Matharus an Lord Clarendon gemacht hat, nicht mehr das Interesse der Fürstentümer, sondern nur die Folgen hervor, die ihre Union unter einem fremden Erbfürsten für das türkische Reich haben würden. Sie sagt geradezu: das, was die Fürstentümer fördert, was ihnen in ihrer politischen Organisation Leben und

Bestand gibt, das ist unser Tod, und wir wollen nicht die selbstmörderische Hand an uns legen. Was die Pforte will, das ist schließlich: Assimilierung der Vasallenländer an den Hauptbestandteil des türkischen Reiches, oder wenn es gestattet ist, diesen Ausdruck zu gebrauchen, Osmanisierung der beiden Fürstentümer Paschaliks im günstigsten Falle unter christlichen Paschas. Auf das Interesse der Fürstentümer selbst kommt die Pforte nur indirekt und insofern zurück, als sie sagt: die Fürstentümer gehören mir, sie sind mir garantiert, und da sie dies sind, so erfordert es ihr eigener Nutzen und ihre eigene Ruhe, daß jede Disharmonie zwischen ihnen und dem Reich schwinde, mithin, daß sie demselben assimiliert werden. Die Pforte hat nach dem Pariser Frieden das letzte Wort zu reden, und wird es unzweifelhaft stets in diesem Sinne tun. Je mehr man daher dem türkischen Kommissär, oder den türkischen Behörden davon sprechen und sie in der Überzeugung bestärken wollte, daß ein den Ländern zu gebender fremder Erbfürst zum Gedeihen und zur Kräftigung der Länder beitragen werde, desto mehr würde man die Türken gegen sich haben, denn sie wollen eben keine solche Kräftigung. Die Zustimmung der Pforte zu einer in was immer für einer Weise selbständigen erblichen monarchischen Regierung der Länder wird, darüber darf man sich keine Illusionen machen, nur durch Gewalt erlangt werden können, wenn nicht durch diejenige des Krieges, sondern doch durch diejenige der Umstände.

Was hiernächst Rußland betrifft, welches bis vor dem Kriege eine bedeutende Rolle in den Fürstentümern gespielt hat, so werden Ew. Königliche Majestät bereits aus meinen früheren ehrfurchtsvollsten Berichten allergnädigst entnommen haben, daß der Kaiser Alexander der Zweite beabsichtigt, eine große Zurückhaltung in den Fragen, welche diese Länder betreffen, zu beobachten. Dahin gingen die Äußerungen seiner Diplomaten in Berlin und Wien gegen mich; aber man konnte doch durchblicken, daß im Grunde Rußland kein wesentliches Interesse habe, die Selbständigkeit der Fürstentümer zu fördern, und die besondere Betonung seiner Diplomaten, daß man zwar die Länder durch die zu berufenden Divans ad hoc zum freien Ausdruck ihrer Wünsche gelangen, der Pforte demnächst aber das letzte Wort zu lassen haben werde, ließ darauf schließen, daß man russischerseits hiernächst den Widerstand der Pforte eher begünstigen, als zu beseitigen trachten werde.

Die russische Politik kann bei dieser Haltung in jedem Falle eines günstigen Erfolges in dieser Frage sicher sein. Kommt in bezug auf die Fürstentümer nichts Wesentliches zustande, werden dieselben in ihrer bisherigen mangelhaften Verfassung belassen, oder gar noch mehr an die Pforte angeschlossen und osmanisiert, so erlangt die russische Politik zweierlei: einmal das Wiedererwachen der Sympathien jener Länder für Rußland, und sodann eine Blame für die Westmächte, auf die die Moldau-Wallachen, wie einst die Polen, ihr Augenmerk gerichtet haben, und somit auch in dieser Hinsicht eine Enttäuschung Europas über die Macht Frankreichs und Englands zur Wiederbelebung unterdrückter

Nationalität. Wird hingegen etwas zustande gebracht, werden die Fürstentümer unter eine kräftige Regierung gestellt, so kann dies nicht anders, als durch Lockerung der Bande zur Pforte, d. h. also zum Nachteil des türkischen Reiches geschehen; eine Lockerung der Bande der Moldau und Wallachei zur Pforte kann allerdings auch zu einem Beispiele für Serbien, Bulgarien usw. führen; Rußland wird somit durch den Frieden erreichen, was es durch den Krieg vergeblich zu erreichen gestrebt hat.

Daß Rußland sich dieser günstigen Stellung zu der vorliegenden Frage vollkommen bewußt ist, und daß diese Stellung seine gegenwärtige Zurückhaltung diktiert, darüber waltet kein Zweifel ob, wird auch in konfidentiellen Gesprächen von seinen Diplomaten gar nicht geheim gehalten, welche vielmehr die Dispositionen des Pariser Kongresses über die Fürstentümer geradezu, und mit vollkommenem Rechte, als einen der wenigen Punkte des Friedens bezeichnen, der Rußland vollkommen befriedige.

Worüber man in Rußland noch zu keiner Überzeugung, zu keinem Abschluß der Ansichten, und somit auch noch zu keinem Entschluß in Beziehung auf das Eintreten in die Handlung gekommen ist, besteht lediglich in dem Zweifel, welche der alleruntertänigst vorgedachten beiden vorteilhaften Alternativen die vorteilhafteste sein, und welche man sich daher anzueignen haben werde.

Der russische Kommissär Mr. de Basily, der sich hier sehr an mich gehalten, und mich fast täglich und lange zu besuchen pflegt, und mit dem ich daher, wie mit dem französischen Kommissär, zu einem näheren und vertraulichen Verhältnis gekommen bin, hat mir in einer Weise gesprochen, die mich voraussetzen ließ, daß er von der Auffassung Nachricht haben müsse, die Gw. Königliche Majestät über die den Fürstentümern zu gebende Regierungsform allergnädigst angenommen haben. Er sprach mir von der Zweckmäßigkeit eines einheitlichen und monarchischen Regiments in denselben, und meinte, daß er es gern sehen würde, wenn ein Deutscher, zumal protestantischer Fürst für jene Länder ausermählt werde. Mit einem solchen werde dann auch der Übergang zu der griechischen Religion mindere Schwierigkeiten haben, als dieses bei einem katholischen Fürsten der Fall sein werde. Ich sah sehr bald ein, daß Mr. de Basily sich bemühte, mir die Ansicht beizubringen, daß wir uns auf einem und demselben Standpunkte befinden. Ganz kürzlich erwiderte ich ihm indes auf diese Anführungen, daß, was er mir in dieser Hinsicht jetzt und früher gesagt habe, durchaus von mir nur als seine, des Mr. de Basily Privatansicht betrachtet werden könne, denn aus den Gesprächen mit anderen russischen Diplomaten wisse ich ziemlich sicher, daß dies nicht die Meinung seiner Regierung sei, und daß diese schließlich, wenn sich die Fürstentümer durch ihre Divans für die Union und für die Einsetzung eines Erbfürsten aussprechen sollten, wahrscheinlich dies wenig oder gar nicht begünstigen, sondern vielmehr eher hintertreiben werde.

Mr. de Basily zeigte mir nun seine Instruktion und ein Zirkularschreiben an die russischen Konsulate in den Donaufürstentümern; nach beiden soll ersterer

und die letzteren für jetzt zur Unionsfrage, womit die des erblichen Fürsten zusammenhängt, keine bestimmte Stellung einnehmen, und jede Äußerung darüber vermeiden, aber darauf gehalten werden, daß die Divans über die Unionsfrage zum freien Ausdruck ihrer Wünsche gelangen.

Mr. de Basily erwähnte nun seinerseits weiter gegen mich vertraulich, daß man sich in St. Petersburg, besonders auf seine Auseinandersetzung hin, schon jetzt für die Unterstützung der Union und ihre Konsequenzen schärfer ausgesprochen haben würde, wenn nicht eine sehr hochgestellte Persönlichkeit — vielleicht erfahre ich noch später, wer damit gemeint ist — sich diesem Projekte entschieden abhold gezeigt hätte, weil man dieselben Unannehmlichkeiten und Weiterungen, wie in Griechenland, fürchte; er hoffe indes, daß man, auf seine weiteren Gründe hin, diesen Widerstand besiegen werde.

Was mich betrifft, so bin ich der alleruntertänigsten Ansicht, daß Rußland die bisherige, zweifelhafte Stellung zu dieser Frage beibehalten, und erst dann für die eine oder die andere Alternative entschieden eintreten wird, wenn sich dies nicht mehr vermeiden läßt. Dann aber wird Rußland ganz nach Maßgabe seines jeweiligen Interesses handeln. Es stimmt dies auch ganz mit dem Inhalt der russischen Zirkularnote an seine auswärtigen Agenten vom 22. August d. Js. über die allgemeine politische Stellung Rußlands überein, die mir Herr von Boutenieff vertraulich mitgeteilt hat.

Ob wir daher hinsichts . . . des den Fürstentümern zu gebenden Erbfürsten auf die Unterstützung oder den Widerstand Rußlands zu rechnen haben werden, hängt von der Zukunft ab, und es läßt sich . . . gar nichts Sicheres voraussagen.

Anlangend nun die Ansichten des anderen Nachbarlandes der Fürstentümer, nämlich Österreichs, so hat der Kommissarius dieses Landes, Baron Koller, sowohl mir als den übrigen Mitgliedern der Kommission gegenüber eine ziemlich kalte und zurückhaltende Haltung angenommen, und im allgemeinen bisher vermieden, gesprächsweise auf den Gegenstand einzugehen. Wo dies geschehen ist, hat er ganz klar und ohne Rückhalt, und ohne bis jetzt weiter auf eine Diskussion einzugehen, erklärt, daß man österreichischerseits nichts als einige innere administrative Reformen für jene Länder anstrebe; was irgend dazu führe, eine Art von Selbständigkeit für die Fürstentümer anzubahnen, das wolle Österreich entschieden nicht. Man wolle im allgemeinen Beibehalt des status quo. Am wenigsten könne man zugeben, daß der Kongreß von Paris durch die stipulierte Anhörung der Volkswünsche in jenen Ländern einen glücklichen Griff getan habe. Ausführlichere und oft sehr eingehende Unterhaltungen hierüber habe ich indes mit Baron Prokesch gehabt, der sich auch offener und mit der ihm eigenen Rathedermanier über die Sache ausgesprochen hat. Nach ihm sind, was zunächst die Form betrifft, die Stipulationen des Pariser Friedens in betreff der Einsetzung der Kommission für die Fürstentümer, die ein Einverständnis über das schaffen soll, was der Pariser Kongreß, als alles noch unter Waffen war, nicht

erreichen konnte, ein entschiedenes Zeichen der Einsichtslosigkeit derer, die dort getagt haben, und die nach seiner Meinung alle mehr oder weniger mit Blindheit geschlagen sind. Ich habe nicht unterlassen, ihn daran zu erinnern, daß darunter sich auch Graf Buol befunden, und sein Kaiser demnächst zu denjenigen Souveränen gehört habe, die den Vertrag mit sanktioniert haben, während wir beim Eintritt in den Kongreß diese Punkte bereits als vereinbarte vorgefunden haben, denn etwas Wahres hat diese Auffassung.

Im allgemeinen kommen die österreichischen Raisonnements in der Sache selbst auf folgende Punkte hinaus:

1. Die Türkei soll in ihrer Integrität erhalten werden; Österreich hat dies noch besonders mit Frankreich und England stipuliert. Eine Ordnung der Verhältnisse in der Moldau und Wallachei, die das Band zur Pforte lockert, und dies würde jede selbständige Gestaltung der dortigen Zustände sein, ist somit gegen seine eingegangenen Verbindlichkeiten; Österreich muß daher dabei stehen bleiben, daß die Moldau und Wallachei den Charakter getrennter Provinzen, und, als Provinzen, den einer möglichsten provinziellen Abhängigkeit von der Pforte, als Zentrum des Reiches, behalten.

2. Die Anhörung der Volkswünsche ist ein gefährliches, das konservative Prinzip in Frage stellendes Präzedens. Wer diesen Gedanken ausgedenkt, ist ohne weiteres ein Demokrat, und noch dazu ein vollkommen roter gewesen. Wer irgend zur Ausführung dieses heillosten Gedankens mitwirken wolle, der ist ein noch röterer Demokrat. Der Kongreß in Paris hätte nichts ärgeres erfinden können, um sich und das konservative Prinzip bloßzustellen. Dieser Punkt müßte daher nach Möglichkeit eludiert werden, und die Kommission habe gut zu machen, was der Pariser Kongreß in dieser Hinsicht verpfuscht habe.

3. Dagegen habe man sich mit allem Ernste der inneren Entwicklung des Landes durch Ordnung der Kommunal- und Agrarverhältnisse, durch Herstellung eines guten Finanzsystems, Aufhebung der Bojarenprivilegien, Einführung einer besseren Justiz usw. zu unterziehen.

Es ist sehr leicht, dieses Raisonnement als unhaltbar zu bekämpfen. Innere Verbesserungen lassen sich da nirgend mit Erfolg ausführen, wo die energische Hand der Leitung, die Moralität in der Verwaltung, und der gute Wille fehlt. Diese Eigenschaften werden aber jeder Bojarenregierung abgehen. Ich konnte daher auch dem Baron Prolesch und ohne ihn zu verletzen geradezu sagen, und meine Ansicht begründen, daß ich an gar keine Verbesserungen glaube, die Österreich in jenen Ländern beabsichtige, und daß dieses alles eitle Phrase sei. Wer etwas Ordentliches in der Moldau und Wallachei herstellen wolle, der müßte ihr vor allen Dingen eine Regierung geben, die Macht und Ansehen habe, das Gute durchzusetzen. Dies sei die *conditio sine qua non* des Gedeihens der Länder. Baron Prolesch gab dies gewissermaßen zu, und meinte, der Kongreß in Paris hätte am besten getan, einen einzigen Kommissär mit ausgedehnten Vollmachten zur Reorganisation des Landes abzuschicken. „Einen österreichischen“

— fiel ich ein, denn ein anderer würde Ihnen doch sicher nicht gefallen haben. Warum da nicht lieber gleich einen Fürsten?

Die Wahrheit ist auch hier die: daß Österreich bei der ganzen Frage von nichts weniger, als von einem Interesse für jene Länder bestimmt wird, daß es vielmehr, seiner historischen Politik in Beziehung auf dieselben treu, unter dem Schatten irgendwelcher mysteriösen Negociation, ganz wie dies nach dem Frieden von Kaynardji (10/21 = July 1774) geschehen ist, eine Machtvergrößerung anstrebt. Daher die Fortdauer der Besetzung der Moldau und Wallachei durch die österreichischen Truppen unter dem Vorwande der noch nicht ausgeführten Grenzregulierung; binnen kurzem soll, nach den Andeutungen von Baron Prokesch, eine ausgedehnte Anhäufung von Truppen längs der ganzen moldau-wallachischen Grenze in Siebenbürgen und der Bukowina dazu kommen unter dem ferneren Vorwande, daß die in Paris beschlossene Anhörung der Volkswünsche in der Moldau und Wallachei, die Rumänen in Siebenbürgen, Ungarn und der Bukowina aufgeregt, und dies bereits zu einer großartigen Verschwörung im nationalen Sinne daselbst geführt hätte, der man auf der Spur sei. Daher ferner die geheime Wirksamkeit Österreichs gegen jeden andern, als österreichischen Einfluß in jenen Ländern, so z. B. gegen Frankreich in betreff der von einer französischen Compagnie beabsichtigten Sereth-Schiffahrt, und gegen uns in Beziehung auf die Bank. Auch in Hinsicht auf die „europäische Donau-Schiffahrt Regulierungskommission“ glaubte Baron Prokesch bereits ohne Rückhalt aussprechen zu dürfen, daß diese nichts zustande bringen, und schließlich auf der Donau alles beim alten bleiben werde. „Österreich sei“ — so meinte Baron Prokesch — „bei jenen Nachbarländern in dem Grade interessiert, daß es eher in einen Krieg eintreten, als eine Umgestaltung der dortigen Verhältnisse in einem Sinne zugeben werde, der die jetzigen Machtverhältnisse änderte.“

Daher tritt auch Österreich, welches für den Krieg gegen Rußland nichts getan, jetzt, wo es gilt, die Verhältnisse in der Moldau und Wallachei zu regulieren, mit einer Freundlichkeit gegen Rußland bei der Grenzregulierung und sonst auf, als wenn es gelte, die eigenen Triumphe zu realisieren, während es doch nur die fremden sind, und die Briefe von Herrn von Boutinieff sind voll von Klagen über das mauvais vouloir des Wiener Kabinetts.

Daß also mit dem österreichischen Kommissär über das Projekt eines den Fürstentümern zu gebenden erblichen fremden Fürsten gar nicht gesprochen werden kann, wird hiernach keiner weiteren Ausführung bedürfen. Man könnte es nur tun auf die Gefahr hin, mit Österreich gänzlich zu brechen, und diese Gefahr soll ich nach dem Hauptgesichtspunkt der mir allergnädigst erteilten Instruktion vermeiden.

Was nun die Westmächte betrifft, so ist England bereits von seiner in Beziehung auf die Fürstentümer im Kongreß zu Wien bekannten und verteidigten Politik desertiert, und befindet sich im vollen Rückzuge; das Kabinett von London hat sich, wie jederzeit in den orientalischen Angelegenheiten geschehen ist, endlich

die Privatpolitik seines hiesigen Botschafters Lord Stratford de Redcliffe oktroyieren lassen, und sich demgemäß die türkische Auffassungsweise angeeignet. Um ganz sicher in betreff der Fürstentümer nichts Reelles zustande kommen zu lassen, hat Lord Clarendon schließlich einen Diplomaten als Kommissär ausgewählt, der überall das augenscheinlichste Talent an den Tag gelegt hat, die Verhältnisse zu verwirren, und zu brouillieren.

Nur Frankreich hält noch an den Anschauungen fest, die es beim Pariser Friedenskongreß in betreff der Fürstentümer bekannt hat. Die bekannte englische Note Lord Clarendons über die Konversation mit Mr. Mathuras (?) über die Fürstentümer hat Frankreich in einer Weise widerlegt, die deutlich bekundet, daß es der englischen Allianz seine Ansichten in Beziehung auf die Moldau und Wallachei nicht opfern will. Frankreich bleibt fest dabei stehen, daß man die Wünsche der Moldau-Wallachen über die Union hören müßte, und die Union eine zweckmäßige Maßregel sein werde. Über den den Ländern zu gebenden fremden Erbfürsten hat sich Frankreich jedoch in eine, einer vielseitigen Deutung fähige Reserve gehüllt.

Es bleibt zum Schluß noch der Ansicht Sardinien's ehrfurchtsvoll zu erwähnen, welches an der Kommission teilnimmt. Bei der Spaltung, die augenscheinlich zwischen Frankreich und England in dieser Frage eingetreten, wird die Haltung des sardinischen Kommissärs eine sehr vorsichtige sein; soweit die eine oder die andere dieser beiden Mächte hierdurch nicht verletzt wird, wird sich Sardinien auf der Seite derjenigen Anschauung befinden, die Österreich das Widerspiel hält. Blicken wir daher um uns und auf unsere Mitkontrahenten des Pariser Friedens, so finden wir, was die Frage über den fremden Erbfürsten betrifft, nirgends eine entschiedene und offene Mitwirkung für den von Gw. Königlichen Majestät mit so großem Recht in den Vordergrund gestellten Punkt, aber auf Seiten der Türkei, Österreichs und Englands einen offenen und entschiedenen Widerstand.

Sehen wir die Union der Länder als vorbereitendes Mittel zum Zweck an, so finden wir eine offene und entschiedene Mitwirkung nur in Frankreich, eine zweifelhafte in Rußland und Sardinien, einen unzweifelhaften Widerstand in der Türkei, Österreich und England.

Ein offener und entschiedener Alliierter für Gw. Königlichen Majestät erhabene Ansichten würde jedoch in den Fürstentümern selbst, wenn diese zum freien unbeflüßten Ausdruck ihrer Wünsche gelangen, zu finden sein.

Allein alles weist darauf hin, daß, wenn überhaupt noch der Pariser Frieden in den die Fürstentümer betreffenden Stipulationen zur Ausführung kommen sollte, jener Ausdruck kein reiner sein wird, besonders wenn die österreichische Okkupation fort dauern sollte.

Nach den Informationen, die dem General von Wildenbruch und mir aus den Fürstentümern selbst vorliegen, würden diese, wenn sie sich über die Wahl eines fremden Erbfürsten aus einer erblichen europäischen Dynastie zu entscheiden

hätten, diese auf ein Mitglied der schwedischen, saxonischen oder belgischen Regentenfamilie fallen lassen; von einem deutschen Fürsten würde man einen überwiegenden Einfluß Österreichs befürchten. Die Wahl eines Mitgliedes eines deutschen Fürstenhauses würde sonach im Lande selbst keine Unterstützung finden.

Eu. Königlichen Majestät habe ich geglaubt, diese Lage der Sache in tiefster Ehrfurcht darstellen zu müssen; ich habe, und ich darf alleruntertänigst hoffen, in richtiger Auffassung der meinem Allerhöchsten Königlichen Herrn vor allem schuldigen Pflicht der Wahrheit, keine Täuschung darüber obwalten lassen dürfen, daß die mir allergnädigst gestellte Aufgabe hiernach keine Hoffnungen auf eine Realisation derselben darbietet, es sei denn, daß ganz veränderte Umstände eintreten, welche die allgemeine Politik der Mächte und die Weltlage ändern.

Was für die Fürstentümer, aller Anstrengungen ungeachtet unsererseits zustande gebracht werden dürfte, wird im günstigsten Falle nicht über ein Stützwerk hinausgehen, und man wird von Glück zu sagen haben, wenn man wenigstens nicht der Aussichten für eine bessere Gestaltung der Verhältnisse unter günstigeren Konstellationen für die Zukunft verlustig geht.

Als Brennpunkt für die allgemeine europäische Politik werden die Fürstentümer indessen stets eine Wichtigkeit einnehmen, die wie mir scheint, Preußen ferner an diese Frage fesseln wird, wenn gleich Eu. Königlichen Majestät erhabene Ansichten für jetzt sich nicht realisieren lassen würden. (Fortsetzung folgt)



Herbst

Rauher wehen Abendwinde
Über schwergereifte Felder.
Froher Sang verließ die Wälder,
Schon entblättert steht die Linde.

Frühlingsjubel muß verklingen,
Blatt und Blüte muß verwehen,
Wunsch und Leidenschaft vergehen —
Soll das Leben Früchte bringen.

Suhlenfs

